

Wehrpflicht oder Berufsarmee? Freiwillig oder Dienstpflicht? Was soll der Staat alles vom Bürger wollen dürfen?

Moral bleibt auf der Strecke:

Da die Wehrpflichtarmee viele Bürger einbindet, funktioniert sie als demokratische Legitimation für militärische Interventionen. Die Moral bleibt auf der Strecke.

Ein Blick auf die künftig anzunehmenden Bundeswehreinheiten und auf die Militärpolitik unserer Partner und Verbündeten zeigt, daß alles dafür spricht, die Bundeswehr von der Wehrpflichtarmee zur Berufsarmee umzurüsten. Die Anhänger der Wehrpflicht begegnen dieser Erkenntnis vorwiegend mit funktionalistischen Argumenten: Sie wollen angeblich den Zivildienst retten, um das Gesundheitssystem nicht zu gefährden, oder sie wollen Bundeswehrstandorte bewahren, um Arbeitsplätze (und damit Wählerstimmen) zu sichern.

Zudem sei für die militärische Sicherheitsvorsorge - sagen sie - der schnelle Aufwuchs zu einer Streitmacht von mehreren hunderttausend Mann erforderlich, der nur mit einer Wehrpflichtarmee möglich sei. Das würde stimmen, wenn der Kalte Krieg nicht seit Jahren zu Ende und Deutschland nicht ausschließlich „von Freunden umzingelt“ (Volker Rühe!) wäre. Und wenn bei der kollektiven militärischen Sicherheitsvorsorge für die Bürger nicht die gleiche Sparsamkeit zu gelten hätte, wie sie gegenüber den Bürgern bei ihrer individuellen Sicherheitsvorsorge für Alter und Krankheit praktiziert wird.

Berufsarmee teurer?

Befürworter meinen weiter, eine Berufsarmee sei teurer als eine Wehrpflichtarmee. Dies ist unter anderem durch eine Analyse der Universität der Bundeswehr in München widerlegt und könnte ohnehin nur angenommen werden, wenn man den Wert des Ausbildungs-, Arbeits- und Verdienstaufschlags der „wehrdienenden“ Bürger mit Null ansetzt.

Das eigentliche Motiv für den Erhalt der Wehrpflicht wird frei-

lich erst durch die ganz spezifisch deutschen Argumente deutlich, nämlich mit der Wehrpflicht könne die Bundeswehr in der Gesellschaft verankert werden und nur mit der Wehrpflicht könne Deutschland seine Bündnispflicht erfüllen. Beide Argumente zeigen, daß der Bundeswehr eine Tradition, wie sie für die Armeen in unseren Partnerstaaten selbstverständlich ist, fehlt. Die deutsche Armee ist ausschließlich ein Produkt des Kalten Krieges und entstand unter seinen Zwängen mit einem Offizierskorps, das durch die großdeutsche Wehrmacht und ihren Eroberungsauftrag geprägt war - und seine Vergangenheit bestenfalls verdrängen oder anonymisieren konnte. Erst nach dem Ausscheiden dieser Gründergeneration wurden die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 auch nur erwähnt (und dann) fester Teil der Bundeswehrtradition, und erst in den letzten Jahren wurde es sogar möglich, nach Kriegsverbrechern des Zweiten Weltkriegs benannte Bundeswehrkasernen umzubenennen.

Bündnispflicht?

Noch beachtlicher aber ist, daß die Regierung als Grundlage für solche Bundeswehreinheiten (quasi in Fortführung der früheren Fremdbestimmtheit) eine zwingende deutsche Bündnispflicht in der Nato postuliert. Das jedoch ist falsch. Eine Pflicht zur Mitwirkung an solchen militärischen Aktionen besteht für Deutschland völkerrechtlich verbindlich nur innerhalb der (von der deutschen Außenpolitik vernachlässigten) UNO. Die Nato ist unverändert ein ausschließlich territorial definiertes Verteidigungsbündnis. Denn ihre neue Kriegsführungsstrategie wurde nicht in den Nato-Vertrag aufgenommen, da man (wußte und) befürchtete, daß eine solche Vertragsänderung nicht in allen Nato-Staaten ratifiziert würde. Daher war der Kosovokrieg kein auf Grund vertraglicher Pflicht geführter Krieg der Nato, hingegen

war diese gewaltsame Auseinandersetzung ein von 19 Staaten außerhalb der UNO beschlossener und geführter Krieg.

Damit diese Art der Militärpolitik hat weiter betrieben werden können, brauchte man die Wehrpflicht. Die Notwendigkeit, jeden der neuen Bundeswehreinheiten mangels einer Bündnispflicht immer wieder neu durch eine deutsche politische Entscheidung zu begründen, die schwache traditionelle Verwurzelung und die aus beiden Schwächen entstandene Sorge um die ständige und uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der Bundeswehr - das sind die eigentlichen Gründe für die Fortführung der Wehrpflicht. Denn eine Berufsarmee ist ein Instrument der Politik, wie viele andere Instrumente auch.

Es kann von Regierung und Parlament je nach politischer Beurteilung und Überzeugung verändert, verkleinert, vergrößert oder auch abgeschafft werden. Eine Wehrpflichtarmee und ihre Verwendung hingegen erscheinen durch das sie tragende hohe Gut der allgemeinen Bürgerpflicht zum Waffendienst von vornherein (ähnlich wie das staatliche Handeln auf der Grundlage der Steuerpflicht) als Teil des Staates als solchem. Die neuen Bundeswehreinheiten begründen sich so - gewissermaßen außerhalb des „Parteienstreits“ - aus sich selbst.

Mit einem solchen Verständnis von der Bundeswehr und mit einer Außenpolitik, in der im Bedarfsfälle beliebige internationale Vereinbarungen als sakrosankte Bündnispflichten dargestellt werden, vermitteln sich die Bundeswehreinheiten den Bürgern als eine unmittelbar grundgesetzlich abgesicherte und historisch, politisch und moralisch nicht mehr näher zu hinterfragende deutsche Selbstverständlichkeit. Und dies ist von manchen Anhängern der Wehrpflicht offenkundig auch so gewollt.



Foto: Rothe

Minima Moralia

Jenseits von Wehr- und Dienstpflicht ist eine Debatte über einen freiwilligen sozialen Dienst notwendig. Es geht um die soziale und bürgerliche Qualität der Republik.

Die Wehrpflicht wird fallen, und mit ihr der Zivildienst. Etwas Vergleichbares wird es danach nicht geben. Noch gleicht die Debatte einem Tanz um Tabu.. Es bleibt bei der Wehrpflicht, sagen Struck, Schröder & C(o)DU. Doch die Realitäten sind stärker, hier wie dort. Bei den Renten hat sich ein neuer Konsens gebildet. Bei der Wehr- und Dienstpflicht auch: de facto keinerlei Verpflichtung mehr, dafür mehr Freiwillige und mehr Hauptamtliche. Das ist für die sozialen Dienste sicher richtig und wichtig, doch die Rhetorik bleibt ohne Handlungsfolgen: ein Meer von unverbindlichen Erklärungen, in dem die eigentliche Frage versenkt wird: Lassen sich heute noch - und wofür? - gemeinschaftliche Verpflichtungen legitimieren? Die politische Moral einer Gesellschaft offenbart sich ja nicht in falschen Betten oder Konten, sondern in der Antwort auf die Frage, ob sie sich noch anspruchsvolle Ziele setzen kann und will: Ziele, die über den ökonomischen Erfolg und über den Austausch von Waren, Diensten und Ansprüchen hinausgehen. Es geht um die Frage, ob es noch etwas gibt, was den Bürgern so wichtig und so wertvoll ist, daß sie sich dafür, aus guten Gründen, wechselseitig in die Pflicht nehmen. Letztlich geht es um die soziale und bürgerliche Qualität der Republik.

Wehrpflicht als politische Aussage
Die Wehrpflicht kann man im Rückblick interpretieren als die politische Aussage der Gesellschaft, daß Demokratie und Sicherheit, Friede und Freiheit Werte sind, die den Bürgern etwas wert zu sein haben und des-

halb einen nicht freiwilligen Dienst von jungen Menschen legitimieren. In einer veränderten Welt, die keine Bedrohung, aber neue Risiken kennt, soziale wie internationale, stellt sich eine doppelte Frage: Läßt sich die Wehrpflicht überhaupt noch mit guten Gründen rechtfertigen? Und: Kann eine ähnliche Logik, wie sie einst der Wehrpflicht zugrunde lag, künftig auch eine allgemeine soziale Dienstpflicht legitimieren? Ist es vernünftig und zulässig, um der sozialen Qualität des Gemeinwesens willen von jungen Menschen zu verlangen, einen sozialen Dienst zu leisten? Es gibt gute Argumente dafür und dagegen. Die einen sorgen sich um den sozialen Zusammenhalt einer individualisierten Gesellschaft, andere plädieren für einen minimalen Staat oder eine minimale Moral. Für beides läßt sich trefflich streiten.

Der Staat muß auch etwas vom Bürger wollen dürfen

Was geschieht, wenn Wehr- und Zivildienst ersatzlos fallen? Die Botenschaft des Staates und die Selbstdarstellung der politischen Klasse sind dann eindeutig: Wir erwarten nichts mehr von den jungen Leuten. Wir betrachten sie nicht als soziale Bürger, sondern als Steuer- und Beitragszahler und als Anspruchsberechtigte. Es gibt Rechte, aber keine Pflichten. Im Übrigen verweisen wir auf Markt und Staat, wo man alles haben kann. Aber, es geht primär nicht einmal darum, wie man diese politische Attitüde wertet, als eine Art politisch-moralischen Nihilismus oder als liberal-emanzipatives Urvertrauen in Mensch und Gesellschaft. Es geht um die inneren Widersprüche einer politischen Philosophie, die sich ja in allen Parteien findet: Man kann nicht alles abräumen und sich später wundern, daß die Regale leer sind. Ein Staat, der nichts von seinen Bürgern erwartet, bekommt die Bürger, die nichts mehr (und wieder alles) vom Staat erwarten. Wer jede Idee einer verbindlichen sozialen Verpflichtung a priori aus seinem politischen Horizont verbannt, wird mit leeren Händen dastehen, wenn es um soziale Verpflichtungen gegenüber den

Verdammten dieser Erde, den Asylsuchenden, den Ausgeschlossenen geht. Ohne soziomoralischen Grund, von dem aus Zumutungen an alle abgeleitet werden können (Steuern zu zahlen statt zu hinterziehen; soziale Zeit zu geben statt nur zu nehmen; an kommende Generationen zu denken (statt „nach uns die Sintflut“) bleibt auf lange Sicht nur eine Ohne-mich-Haltung auf allen Gebieten. Es sei daran erinnert, daß eine freiheitliche und soziale Demokratie ihren Preis hat und auch mit Zumutungen an die Bürger verbunden ist, die man nicht einfach suspendieren kann, ohne diese selbst in ihrem Kern zu spalten. Soziale Rücksicht und soziales Engagement sind keine Ressourcen, die von selbst nachwachsen. Die sozialen Nerven und Muskeln einer Gesellschaft wollen trainiert sein.

Verquere Dialektik
Der verquere Dialektik aber, wer heute von mehr Demokratie und morgen von mehr Selbstbestimmung spreche, müsse eine allgemeine Dienstpflicht als kleinen Schritt zur Überwindung der Erwerbsmentalität entwickeln, halten wir dagegen, daß auch diese Sehnsucht nach Zwangsdiensten mit demokratischen Prinzipien kollidiert. Und was die Rhetorik aller Parteien betrifft, mehr Freiwillige mobilisieren zu wollen, so läßt sich die Probe aufs Exempel ja leicht machen: Längst ist es Zeit für ein ordentliches Freiwilligen-Gesetz, in das der konsequente Ausbau freiwilliger sozialer Dienste integriert werden könnte. Aber mit klaren Zielen ausgestattet - und den notwendigen Mitteln.

Jürgen Gottschling

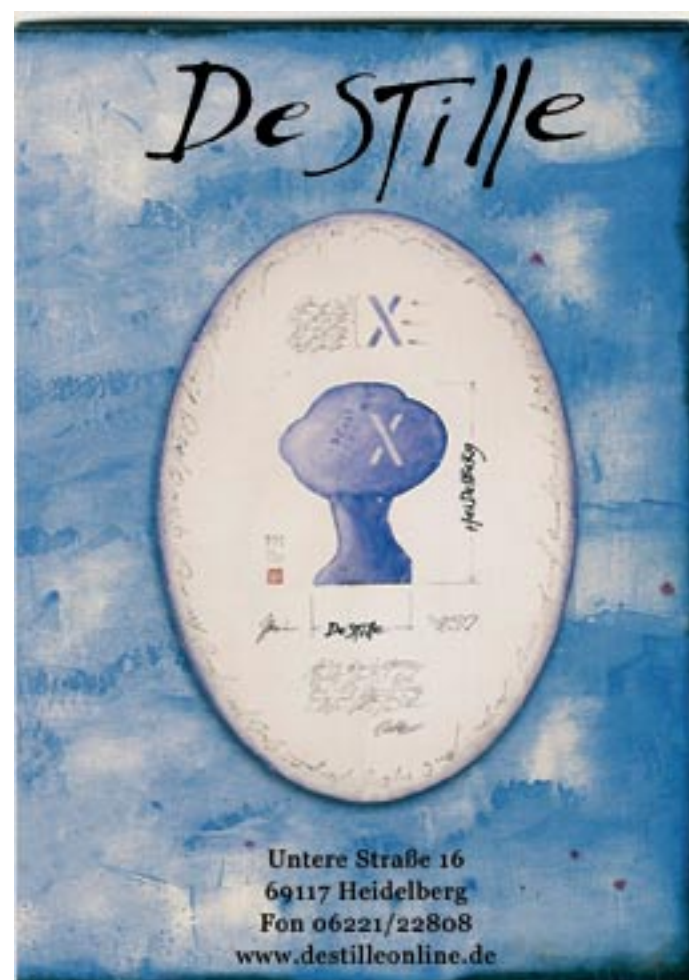
Zivildienst und Mädchen Arbeitsmarktpolitische Neutralität nicht gewährleistet

Kaum haben sie ihr Abitur gemacht, schon müssen sich - anders als Jungs - die Mädchen überlegt haben, was sie studieren wollen und das dann auch noch sofort tun. Nachdem sie - wie man weiß - seit Jahrtausenden, vom Manne unterdrückt wurden, haben auch die die männlichen Chauvis wieder einmal mehr leichter: Sie dürfen erst mal Wehr- oder Zivildienst ableisten und haben so den Vorteil, viele Monate lang Zeit zu haben, über ein zu wählendes Studienfach und all das nachzudenken. Und lernen tun die dabei auch noch was. Da sollten Emanzen mal rangehen um dieser immerfort ausgeübten Benachteiligung der Frau (vor dem Gesetz alle gleich) endgültig den Garaus zu machen. Und was zu lernen das Vorrecht haben nun männliche Zivildienstleistende? Sie lernen Klustieren und Verbände anzulegen, lernen (vielleicht) im Umgang mit psychisch Kranken nicht selbst krank zu werden, lernen, daß sie als Zivis so gut wie keine Rechte haben, lernen Rollstühle schieben und sich im Vergnügen zu üben, gute Menschen zugunsten manchmal der Betreuten, häufig aber auch zugunsten der Wohlfahrts-Organisationen zu sein, was ja nun wirklich beinahe alles auch für Frauen gelernt zu haben hilfreich sein könnte. Oder? Das Unternehmen Zivildienst wird nun gerade 35 Jahre alt, vorbei die Zeiten, wo der Wehrdienstverweigerer sich einer mehr als - in der Regel jedenfalls - unverschämten

Jury, den Ausschüssen für Kriegsdienstverweigerung, stellen mußte. Diese Gremien mit einem vom Bundesminister der Verteidigung bestimmten Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Beisitzern, deren eine es (in Bremen) fertig brachte, einen jungen Mann abzulehnen, weil er als Automobil-Führerscheininhaber eh schon, auch ohne in die Bundeswehr zu wollen, dem Ausschuß damit als potentieller Mörder galt. „Es darf nicht sein“, womit wir vom Rundschau-Stammtisch unsern Standpunkt zu (er)klären wünschen, „daß der Soldat oder der Kriegsdienstverweigerer für sich eine höhere Qualität von Christsein in Anspruch nimmt, oder gar dem anderen das Christsein abspricht, weil er eine andere Position vertritt“, verlautete dazu der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Vorbei auch die Zeiten, wo Zivildienststellen ihre Zivis übel drangsalierten. Wir erinnern uns beispielsweise an die AWO-Zivis, die von sogenannten Vorgesetzten im Alex-Möller-Waldheim behandelt wurden wie der letzte Dreck. (Mittlerweile scheint die AWO allerdings eine gute Zivi-Adresse zu sein). Es gibt auch in Heidelberg miese und als gut gehandelte Adressen für Zivistellen-Suchende. Wer sich Rat holen will, der „Zivi-Guru“ Bernd gibt ihn täglich zwischen 20 und 22 Uhr (außer Sonntags) in der „Alten Krone“ in Neuenheim an unsichere Verweigerer inspe weiter. Aber natürlich, daß Zivis derzeit - meist - besser

als früher behandelt werden, hat mehr als verständliche Gründe: Die Verkürzung der Zivildienstzeit brachte für die Verbände im durchaus mehr als doppelten Sinn des Wortes Nutznießer der Zivi-Ausbeutung solcherweise heftige Probleme, daß Zivis umworben werden, wie - auch das findet jetzt ja gerade statt - angehende Gymnasiasten. Daß dabei allerdings häufig die arbeitsmarktpolitische Neutralität des Zivildienstes nicht gewährleistet ist, wenn durch Zivi-Einsatz insbesondere im Pflegebereich Schwestern und Pfleger qualifizierten Arbeitsplätze weggenommen werden, nicht nur dagegen wehrt sich die Selbstorganisation der Zivis vehement. Was da nämlich 1961 mit gerade 340 „Ersatzdienst“-Leistenden bescheiden begonnen hat, ist längst zu einer unentbehrlichen Pflegeeinrichtung mit etwa 100 000 „Zivis“ geworden. Mit dem Willen, das Töten nicht, sondern stattdessen das Helfen zu lernen, ist's natürlich nicht getan. Diese Erkenntnis zu haben und in Handeln umzusetzen, bis sie Einführungskurse anboten, in den Wohlfahrtsverbänden 10 Jahre, „der Staat“ bietet seit 1984 Seminare an: In 15 staatlichen Zivildienstschulen lernen der Zivi in einem zweiwöchigen Kurs, welche „Rechte und Pflichten“ er in den nächsten 15 Monaten haben - auch eine Einführung in erste Hilfe wird angeboten. Das ist wenig für Zivis, die durchaus hin und wieder ohne Arzt oder Pfleger im

Sanitätsauto unterwegs sind, oder etwa im Hauspflegedienst auf sich allein gestellt mit - gelinde gesagt - schwierigsten Situationen konfrontiert werden! Nachdem nun durch die Verkürzung der Zivildienstzeit auf 15 Monate viele soziale Einrichtungen in Heidelberg vom Zusammenbruch bedroht sind, wird endliche die Öffentlichkeit aufmerksam auf die wichtige Arbeit der „Zivis“, kommt kaum noch wer auf die Idee, sie als „Drückeberger“ oder ähnlich tumb zu bezeichnen. Und vielleicht schafft's ja auch unser Bundespräsident in seiner nächsten Neujahrsrede, sich nicht nur zu bedanken etwa bei den braven Jungs in der Bundeswehr, die da so viel Gutes zum Wohl der Nation täten, sondern auch mal einige Längst fällige Worte über die häufig aufopfernde Tätigkeit der Zivis zu verlieren. Und wenn er sich dann zudem noch einsetzte dafür, daß den Frauen ihr Grundrecht der Gleichheit, eben gleichberechtigt mit den Jungs Zivi-In sein zu dürfen, nicht noch länger verweigert wird, hätte er sicher unser aller Achtung - auch die unwichtige des Jürgen Gottschling nebst Stammtisch - um noch ein Quäntchen mehr verdient. Das war' doch schließlich zum fünfunddreißigsten Geburtstag dieser Einrichtung Zivildienst ein schönes Geschenk. Und jenen Mädchen und Frauen, die sich auch für Einhaltung dieses Grundrechtes einsetzen, werden wir mit Wort und Tat helfen. !



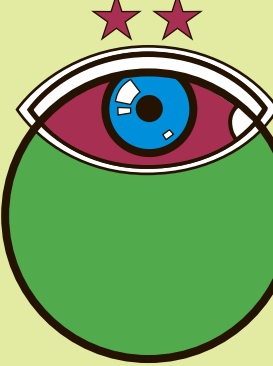
Untere Straße 16
69117 Heidelberg
Fon 06221/22808
www.destilleonline.de



Hauptstraße 110 · 69117 Heidelberg
Telefon 06221/20731 · Telefax 06221/20711

CLASSIC TIMES
Alte Uhren - alle Marken
Konzessionär neuer klassischer Uhren
Alexander Bienert
Marktplatz 2, 69117 Heidelberg
Fon: 06221-166677 Fax: 06221-167733
mobil: 0171-5336191
mail: classictimes@t-online.de

www.classictimes.de

absinth

absinthemonde
- absinth & accessoires -
! größte auswahl der welt !
galerie <grüner engel>
untere str. 14
69117 heidelberg
! täglich geöffnet !
tel. 06221 - 33.77.00
www.absinthemonde.de

Water Rhein
Die Heidelberger Studentenkneipe
täglich bis 2 Uhr:
Spaghettissimo!
Portion Spaghetti Bolognese
oder mit Tomatensosse
€ 1,70
Longdrinks (4er)
Gin Tonic
Wodka Lemon
Havana € 3,-
Öffnungszeiten täglich 20.00-3.00 Uhr
Untere Neckarstr. 20 · An der Stadthalle
69117 Heidelberg · Tel. 06221/21371


**DIE CD ZUM KONZERT !
NOTEN, INSTRUMENTE
KOMPETENTE TIPS ...**

HOCHSTEIN. ALLES MUSIK !
Bergheimer Str. 9-11, Heidelberg, Tel. 06221/91060